



Eisai GmbH

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.04.2024 bis zum 31.03.2025

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025

1. Allgemeines

Die Eisai GmbH, Frankfurt am Main, ist die deutsche Vertriebsgesellschaft des Eisai Co., Ltd. -Konzerns, Tokio, Japan, die Präparate zur Behandlung von Erkrankungen in den Bereichen Onkologie und Neurologie vermarktet. Darüber hinaus vertreibt das Unternehmen ein Präparat im Bereich Gastroenterologie. Der operative Bereich der Eisai GmbH ist in drei Geschäftseinheiten unterteilt: die Business Unit Oncology, die Business Unit Neurology und die Business Unit Mature and Local Brands.

Der Schwerpunkt der Geschäftseinheit Onkologie liegt auf zwei Präparaten: Lenvima® (zur Behandlung von Leber- und Schilddrüsenkarzinomen), sowie Kisplyx® (zur Behandlung von Nierenkarzinomen). Das dritte große Präparat in dieser Geschäftseinheit ist Halaven® (zur Behandlung von Patienten mit lokal fortgeschrittenem oder metastasiertem Brustkrebs oder von Patienten mit nicht resezierbaren fortgeschrittenen bzw. metastasierten Liposarkomen). Halaven® hat im Dezember 2024 das Ende seiner exklusiven Vermarktungsphase erreicht. Das Präparat wird weiterhin vermarktet, zählt jedoch nicht mehr zu den Wachstumstreibern. Das Präparat Targetin® (Wirkstoff Bexaroten) ergänzt das Produktportfolio der Geschäftseinheit Onkologie.

Der erste Schwerpunkt der Geschäftseinheit Neurologie liegt auf zwei Antiepileptika: Fycompa®, sowie das Orphan Drug Inovelon®. Der Fokus in der EMEA-Region liegt auf der Vermarktung des Präparats Fycompa® (Wirkstoff Perampanel), das in der EU als Zusatztherapie fokaler Anfälle zugelassen ist. Der zweite Schwerpunkt der Geschäftseinheit Neurologie liegt im Bereich Alzheimer Demenz. Die Europäische Kommission hat am 15. April 2025 Leqembi® als Alzheimer-Therapie zugelassen. Der Antikörper Lecanemab richtet sich gegen Amyloid-Ablagerungen im Gehirn und soll dadurch den Verlauf der Krankheit in einem frühen Stadium verlangsamen. Zugelassen ist Leqembi® nur zur Behandlung von leichter kognitiver Beeinträchtigung (Gedächtnis- und Denkstörungen) oder leichter Demenz in einem frühen Stadium der Alzheimer-Krankheit. Das vierte Präparat der Geschäftseinheit Neurologie ist Aricept®, das jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Die Geschäftseinheit Sonstige Produkte (Business Unit Mature and Local Brands) enthält nur das Präparat Pariet®.

Der Eisai-Konzern ist ein internationaler forschungs- und entwicklungsorientierter Pharmakonzern mit Stammsitz in Tokio (Japan), und konzentriert seine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf die Bereiche, in denen ein hoher ungedeckter medizinischer Bedarf besteht, insbesondere der Onkologie und der Neurologie. In seinen Unternehmen in den USA, Asien, dem EMEA-Raum (Europa, Naher Osten, Afrika plus Russland und Ozeanien) und seinem Heimatmarkt Japan beschäftigt Eisai über 11.000 Mitarbeiter.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Kalenderjahr 2024 stieg der Umsatz des Pharma-Gesamtmarktes (Klinik und Apotheke) gemäß IQVIA Marktbericht Deutscher Pharmamarkt 2024 gegenüber dem Vorjahr um 7,8 %. Der Absatz stieg im gleichen Zeitraum um 1,7 %. Im Segment Apotheken stieg der Umsatz um 8,0 % auf 55,4 Milliarden Euro. Im Kalenderjahr 2024 sind die Umsätze mit den gesetzlichen Krankenversicherungen um 9,5 % auf 57,2 Milliarden Euro und die Absatzmengen um 1,5% höher ausgefallen als im Vorjahr.

Die für die Gesellschaft relevanten Teilmärkte befinden sich im Bereich Anti-Epileptika (Neurologie) und Onkologie. Im Anti-Epileptika Markt (N03A0 gesamt) ist Eisai GmbH mit zwei Produkten vertreten (Fycompa® und Inovelon®). In der Onkologie finden sich Lenvima® und Kisplyx® in der Gruppe der Proteinkinasehemmer (L01H). Beide Teilmärkte unterliegen trotz ihrer Abhängigkeit vom Gesamtmarkt einer eigenen Dynamik.

Am 12. November 2022 ist das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStabG) in Kraft getreten. Kern des Gesetzes sind Finanzreformen in allen Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung: Die Preisbildung von Arzneimitteln ist reformiert, die Honorierung von Ärzten verändert, die Finanzreserven der Krankenversicherung abgeschmolzen, der Apothekenabschlag erhöht worden. Die Pharmaindustrie ist durch folgende Maßnahmen zur Reduktion der Kosten und der Finanzierungslücke im Gesundheitswesen betroffen:

Kombinationsabschlag: Für Kombinationstherapien mit Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen ist zum 1. Oktober 2023 ein Kombinationsabschlag i.H.v. 20,0% eingeführt worden.

Reform des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes AMNOG: Strukturelle Änderungen der Preisbildung von neuen Arzneimitteln, die keinen oder nur einen geringen Zusatznutzen haben, sowie ergänzende Maßnahmen zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs bei patentgeschützten Arzneimitteln.

Apothekenabschlag: Der Apothekenabschlag wurde in der Zeit vom 01.02.2023 bis 31.01.2025 von EUR 1,77 auf EUR 2,00 je Arzneimittelpackung erhöht. Seit 01.02.2025 gilt wieder der ursprüngliche Wert von EUR 1,77.

Preismoratorium: Das Preismoratorium bei Arzneimitteln ist bis Ende 2026 verlängert worden, ergänzt um eine Ausstiegsregelung für bekannte Arzneimittel mit neuem Anwendungsgebiet.

3. Ertragslage



Die Eisai GmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 75.088 erzielt, was eine Steigerung um 7,3% gegenüber dem Vorjahreswert von TEUR 69.981 bedeutet. Die Umsatzerlöse entfallen auf die Onkologie mit TEUR 53.882 (Vorjahr: TEUR 51.871), die Neurologie mit TEUR 20.728 (Vorjahr: TEUR 17.580) und die Mature and Local Brands mit TEUR 478 (Vorjahr: TEUR 530). Die Umsatzerlöse und der Jahresüberschuss sind bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren, über die das Unternehmen gesteuert wird.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich von TEUR 2.193 auf TEUR 1.826 verringert, im Wesentlichen wegen geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 921; Vorjahr: TEUR 1.381).

Der Materialaufwand ist um 10,0% von TEUR 34.555 auf TEUR 38.017 gestiegen. Der prozentuale Anteil des Materialaufwands an den Umsatzerlösen liegt mit 50,6 % über dem Vorjahreswert von 49,4%, da die Einkaufspreise seitens der Lieferanten innerhalb des Eisai-Konzerns angepasst wurden. Der „Rohertrag“ (Rohertrag = Umsatzerlöse abzüglich Materialaufwand) beträgt TEUR 37.071 (Vorjahr: TEUR 35.426).

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund variabler Vergütungen und der Erhöhung des Personalbestands um 8,8% von TEUR 22.374 auf TEUR 24.350 gestiegen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren durchschnittlich 172 Personen (Vorjahr: 165) beschäftigt. Aufgrund der geplanten Einführung neuer Produkte und Indikationserweiterungen ist der Bestand um 7 Personen vergrößert worden.

Die Abschreibungen auf Anlagevermögen belaufen sich auf TEUR 172 (Vorjahr: TEUR 147).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 912 (7,8%) auf TEUR 10.818 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Wesentliche Posten sind Werbeaufwendungen (TEUR 4.185; Vorjahr: TEUR 5.239), Reisekosten (TEUR 1.689; Vorjahr: TEUR 1.576) und Fahrzeugleasing (TEUR 1.048; Vorjahr: TEUR 791).

Es wurden Zinserträge aus Cashpool-Guthaben in Höhe von TEUR 762 (Vorjahr: TEUR 498) erzielt.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern beläuft sich auf TEUR 4.292 (Vorjahr: TEUR 3.828). Die Aufwendungen für Ertragsteuern sind auf TEUR 1.635 (Vorjahr: TEUR 1.461) gestiegen. Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 2.656 (Vorjahr: TEUR 2.367). Die Umsatzrentabilität beträgt im Geschäftsjahr 2024/25 somit 3,5% (Vorjahr: 3,4%).

Im Vorjahresabschluss waren für 2024/25 ein Umsatzzuwachs im mittleren, einstelligen Prozentbereich und ein Jahresüberschuss leicht unter dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2023/24 prognostiziert. Die Budgetziele wurden übertroffen.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Eisai GmbH liegt zum 31. März 2025 mit TEUR 63.548 um 4,9 % (TEUR 2.944) über dem Vorjahreswert von TEUR 60.605.

Die Vorräte haben sich um TEUR 2.706 von TEUR 17.768 auf TEUR 20.474 erhöht, nachdem die Bevorratung der absatzstarken Produkte dem tatsächlichen Bedarf angepasst wurde. Die Vorräte haben sich 3,9-fach (Vorjahr: 2,5-fach) umgeschlagen (Umsatzerlöse geteilt durch durchschnittlichen Vorratsbestand).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit TEUR 6.822 um TEUR 1.659 (19,6%) unter dem Vorjahreswert von TEUR 8.481, da der Anteil der Kunden mit Lastschriftverfahren gesteigert werden konnte. Die Reichweite der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Forderungsbestand x 360 geteilt durch Umsatzerlöse) beträgt 33 Tage (Vorjahr: 44 Tage).

Die Forderungen gegen die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 30.007 (Vorjahr: TEUR 27.221) betreffen fast ausschließlich Cashpool-Forderungen. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Ertragsteuerforderungen in Höhe von TEUR 1.499 (Vorjahr: TEUR 3.542). Dies ist auf Unterschiede bei Vorauszahlungen, Erstattungsansprüchen und Nachzahlungen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

Das Eigenkapital liegt zum 31. März 2025 aufgrund des Jahresüberschusses von TEUR 2.656 mit TEUR 33.528 über dem Vorjahreswert von TEUR 30.871. Die Eigenkapitalquote beträgt 52,8% (Vorjahr: 50,9%).

Die sonstigen Rückstellungen liegen mit TEUR 13.318 über dem Vorjahreswert von TEUR 9.782. Sie enthalten als wesentliche Posten Rückstellungen für Kundenrückvergütungen aufgrund des Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinStG) von TEUR 6.605 (Vorjahr: TEUR 2.846), Rückstellungen für Herstellerrabatte und sonstige Kundenrückvergütungen von TEUR 1.684 (Vorjahr: TEUR 2.161) und Personalarückstellungen von TEUR 4.400 (Vorjahr: TEUR 4.331).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 98 auf TEUR 2.010 erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren in Höhe von TEUR 12.984 (Vorjahr: TEUR 16.485) aus dem Liefer- und Leistungsverkehr und sind aufgrund niedrigerer Warenlieferungen zum Geschäftsjahresende geringer als zum Vorjahresstichtag ausgefallen. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um TEUR 93 auf TEUR 1.371 gestiegen und enthalten im Wesentlichen Umsatzsteuerverbindlichkeiten.

5. Finanzlage

Die liquiden Mittel sind von TEUR 2.625 auf TEUR 2.907 gestiegen. Im Geschäftsjahr 2024/25 wurden TEUR 132 in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist zu 100% durch Eigenkapital gedeckt.

6. Risikobericht

Ausfallrisiken im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch ein proaktives Forderungsmanagement in Verbindung mit unseren Erfahrungswerten bezüglich des Zahlungsverhaltens unserer Kunden minimiert. Ein nennenswertes Währungsrisiko besteht nicht, da alle relevanten Geschäftsvorfälle in Euro abgewickelt werden.

Ein Risiko aufgrund von Preisänderungen ist durch generische Konkurrenzpräparate und die Einführung neuer Produkte gegeben. Darüber hinaus ist aufgrund des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) für alle neuen Produkte eine Nutzenbewertung obligatorisch. Dies kann zu Preisrisiken und zusätzlich auch zu Rückerstattungen im Rahmen von Rabatten entsprechend des ANMOG an die Krankenkassen führen.



Darüber hinaus lässt sich ein kontinuierlich steigender Kostendruck im Gesundheitswesen beobachten. Insbesondere der im Rahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes (GKV- FinStG) ins Leben gerufene Rabatt auf Kombinationstherapien in Höhe von 20% hat eine nicht unerhebliche Auswirkung auf die Gesellschaft, da Kisplyx®, als einer der großen Wachstumstreiber, maßgeblich von dieser Regelung betroffen ist.

Um eine zeitnahe und lückenlose Versorgung der Nachfrage nach Medikamenten zu gewährleisten, muss die Gesellschaft permanent eine ausreichende Menge an Produkten vorhalten. Zur Sicherstellung der Verfügbarkeit werden Bestandsentwicklungen fortlaufend geprüft und monatlich an Mitglieder des Managements berichtet.

7. Chancenbericht

Das kommende Geschäftsjahr ist durch zwei Schwerpunkte geprägt. Einerseits gilt es, die Nachfrage für die bestehenden Präparate Lenvima® und Kisplyx® (Geschäftseinheit Onkologie) und Fycompa® (Geschäftseinheit Neurologie) weiter auszubauen. Der zweite Schwerpunkt liegt im Bereich Alzheimer Demenz. Nachdem die EU-Kommission Leqembi® als Alzheimer-Therapie zugelassen hat, starten in den kommenden Monaten die ausführlichen Vorbereitungen für die Markteinführung.

8. Prognosebericht

Die Gesellschaft erwartet für 2025/26 einen Umsatzzuwachs im mittleren, einstelligen Prozentbereich. Die Investitionen in neue Produkte und Indikationen, sowie inflationsbedingte Anpassungen lassen einen Kostenanstieg erwarten. Der budgetierte Jahresüberschuss liegt auf Höhe des Ergebnisses des Geschäftsjahres 2024/25.

Frankfurt am Main, 22. Mai 2025

Die Geschäftsführung

Gary Hendler

Nicholas Burgin

BILANZ ZUM 31. März 2025

AKTIVA

	31.03.2025	31.03.2024
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	194.470,45	251.739,10
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Waren	20.473.874,32	17.768.233,66
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.822.188,87	8.480.995,69
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.258.351,76	496.628,55
3. Forderungen gegen die Gesellschafterin	30.007.325,39	27.220.654,27
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.885.307,73	3.761.282,16
	39.973.173,75	39.959.560,67



	31.03.2025	31.03.2024
	EUR	EUR
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.906.979,40	2.625.193,64
	63.354.027,47	60.352.987,97
	63.548.497,92	60.604.727,07

PASSIVA

	31.03.2025	31.03.2024
	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	7.669.378,21	7.669.378,21
II. Gewinnvortrag	23.202.040,96	20.835.055,01
III. Jahresüberschuss	2.656.494,87	2.366.985,95
	33.527.914,04	30.871.419,17
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	130.749,00	155.372,00
2. Sonstige Rückstellungen	13.318.442,33	9.782.145,99
	13.449.191,33	9.937.517,99
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.009.979,98	1.911.818,07
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.984.420,18	16.485.203,94
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	205.796,98	120.632,99
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.371.195,41	1.278.134,91
	16.571.392,55	19.795.789,91
	63.548.497,92	60.604.727,07

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT 1. APRIL 2024 BIS 31. MÄRZ 2025

	2024/25	2023/24
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	75.088.073,87	69.980.956,63
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.825.594,47	2.192.925,65
3. Materialaufwand		



	2024/25	2023/24
	EUR	EUR
Aufwendungen für bezogene Waren	-38.017.022,96	-34.554.591,59
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-21.336.526,25	-19.535.225,81
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-3.013.946,25	-2.839.123,75
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	-172.192,88	-147.293,41
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.817.982,54	-11.730.100,78
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	765.569,00	498.729,75
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-29.810,59	-37.941,59
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.635.261,00	-1.461.349,15
10. Ergebnis nach Steuern	2.656.494,87	2.366.985,95
11. Jahresüberschuss	2.656.494,87	2.366.985,95

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis 31. März 2025

1. Allgemeine Angaben

Die Eisai GmbH ist eine beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 40792 eingetragene GmbH mit Sitz in der Edmund-Rumpler-Straße 3, 60549 Frankfurt am Main. Der Jahresabschluss zum 31. März 2025 der Eisai GmbH ist nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG aufgestellt worden.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode. Die Abschreibungssätze basieren auf der voraussichtlichen, betriebsindividuellen, wirtschaftlichen Nutzungsdauer, die für Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre beträgt. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter EUR 250 werden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten zwischen EUR 250 und EUR 1.000 werden in einen Sammelposten eingestellt und über 5 Jahre linear abgeschrieben.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Waren werden zu Anschaffungskosten oder zu den niedrigeren Wiederbeschaffungskosten oder zu den niedrigeren Verkaufspreisen abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Kosten angesetzt. Die Anschaffungskosten werden nach der FIFO-Methode ermittelt. Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich Einzelwertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen und Pauschalwertberichtigungen zur Abdeckung des allgemeinen Kreditrisikos angesetzt.

Forderungen, die auf fremde Währungen lauten, werden mit dem Kurs am Tage des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden am Bilanzstichtag einheitlich mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Für Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt die Umrechnung am Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs nur dann, wenn sich hieraus niedrigere Forderungen ergeben.

Latente Steuern werden für Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt, sofern sich diese Differenzen in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder umkehren und sich daraus Steuerbelastungen oder -entlastungen ergeben. Bei der Bewertung der latenten Steuern wird der kombinierte Ertragsteuersatz von 31,9 % zu Grunde gelegt. Dieser enthält neben der Körperschaftsteuer von 15,0 % und dem darauf zu entrichtenden Solidaritätszuschlag von 5,5% den durchschnittlichen Gewerbesteuersatz in Höhe von 16,1%. Nach Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern ergibt sich - wie bereits im Vorjahr - ein latenter Steueranspruch, der im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei Rückstellungen resultiert. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung wird in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Falle einer insgesamt bestehenden Steuerentlastung wird vom Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht.

Für Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Verpflichtungen aus Guthaben auf Zeitwertkonten dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB), erfolgt die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert entsprechen. Im Rahmen der Vermögens- und Schuldverrechnung werden sich nach Saldierung der Pensionsverpflichtungen mit dem Deckungsvermögen ergebende Verpflichtungsüberhänge unter den Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Bei einem Überhang der Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung.



Der Erfüllungsbetrag von Pensionsverpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wird von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre für eine Restlaufzeit von 15 Jahren, also 1,95% (Vorjahr: 1,82% p.a.) abgezinst. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen sowie Aufwendungen und Erträge aus Zinssatzänderungen werden gesondert unter den Posten „Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge“ sowie „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre für eine Restlaufzeit von 15 Jahren beträgt 2,00% (Vorjahr: 1,79 %). Der Berechnung liegt die Annahme eines Rententrends von 1,00% (Vorjahr: 1,00 %) p.a. zugrunde. Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den Heubeck'schen Sterbetafeln (2018G).

Die Steuerrückstellungen für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer werden auf Grundlage des erwarteten steuerlichen Einkommens und des Gewerbeertrags ermittelt.

Die sonstigen Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet und werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen angesetzt.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Verbindlichkeiten, die auf fremde Währungen lauten, werden mit dem Kurs am Tage des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden am Bilanzstichtag einheitlich mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Für Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt die Umrechnung am Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs nur dann, wenn sich hieraus höhere Verbindlichkeiten ergeben.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung der Anschaffungskosten und Abschreibungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt, der als Anlage zum Anhang beigefügt ist.

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben unverändert zum Vorjahr eine Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen gegen die Gesellschafterin sind auch Forderungen gegen verbundene Unternehmen und enthalten Cashpool-Forderungen (TEUR 29.990; Vorjahr: TEUR 27.188), und darüber hinaus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen mit TEUR 1.499 (Vorjahr: TEUR 3.542) Ertragsteuererstattungsansprüche.

Den Pensionsverpflichtungen von TEUR 630 (Vorjahr: TEUR 626) steht ein Deckungsvermögen von TEUR 499 (Vorjahr: TEUR 471) gegenüber, so dass sich ein Verpflichtungsüberhang von TEUR 131 (Vorjahr: TEUR 155) ergibt. Bei Anwendung des 7- Jahres Durchschnittszinssatzes hätte sich zum 31. März 2025 erstmalig eine um TEUR 1 geringere Rückstellung ergeben.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten als wesentliche Posten Rückstellungen für Kundenrückvergütungen aufgrund des Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinStG) von TEUR 6.605 (Vorjahr: TEUR 2.846), Rückstellungen für Herstellerrabatte und sonstige Kundenrückvergütungen von TEUR 1.684 (Vorjahr: TEUR 2.161) und Personalrückstellungen von TEUR 4.400 (Vorjahr: TEUR 4.331).

Alle Verbindlichkeiten haben ausschließlich und unverändert zum Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus dem Liefer- und Leistungsverkehr. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin sind auch Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern von TEUR 1.364 (Vorjahr: TEUR 1.259) enthalten.

Es liegen keine Haftungsverhältnisse vor.

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen beläuft sich auf TEUR 3.998 und betrifft mit TEUR 2.200 den Mietvertrag für Räumlichkeiten der Hauptverwaltung und mit TEUR 1.798 Firmenfahrzeuge. Davon sind TEUR 1.299 innerhalb eines Jahres, TEUR 2.527 innerhalb eines Zeitraums von mehr als einem bis zu fünf Jahren und TEUR 172 in mehr als fünf Jahren fällig.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich mit dem Verkauf von Arzneimitteln innerhalb von Deutschland erzielt und entfallen auf die drei Geschäftseinheiten wie folgt: Onkologie mit TEUR 53.882 (Vorjahr: TEUR 51.871), Neurologie mit TEUR 20.728 (Vorjahr: TEUR 17.580) und Mature and Local Brands mit TEUR 478 (Vorjahr: TEUR 530).

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 921; Vorjahr: TEUR 1.381), die auch Erträge außergewöhnlicher Größenordnung sind, sowie Erträge aus der privaten Nutzung der Firmenfahrzeuge (TEUR 875; Vorjahr: TEUR 802). Die Erträge aus der Währungsumrechnung betragen TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 10).

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 460 (Vorjahr: TEUR 485) enthalten.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden als wesentliche Posten Werbeaufwendungen (TEUR 4.185; Vorjahr: TEUR 5.239), Reisekosten (TEUR 1.689; Vorjahr: TEUR 1.576), Fahrzeugleasing (TEUR 1.048; Vorjahr: TEUR 791), Gebäudemiete und Nebenkosten (TEUR 817; Vorjahr: TEUR 750), und Rechts- und Beratungskosten (TEUR 590; Vorjahr: TEUR 681) ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung betragen TEUR 52 (TEUR 24).

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge enthalten Zinserträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 762 (Vorjahr: TEUR 498). Die Erträge aus dem Deckungsvermögen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von TEUR 12 (Vorjahr: TEUR 12) wurden mit den entsprechenden Aufwendungen in Höhe von TEUR 12 (Vorjahr: TEUR 12) saldiert.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen an verbundene Unternehmen belaufen sich auf TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 22). Die Aufwendungen für die Aufzinsung von Pensionsrückstellungen betragen TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 15).



Die Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen mit TEUR 1.635 das laufende Jahr (Vorjahr: TEUR 1.249) und mit TEUR 0 vorangegangene Geschäftsjahre (Vorjahr: TEUR 212).

5. Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen beträgt 172 (Vorjahr: 165) Personen.

Mitglieder der Geschäftsführung

Herr Gary Bryan Hendler, Director and President and CEO, Eisai Europe Limited, Hatfield, Großbritannien

Herr Nicholas Burgin, President & COO EMEA & President GV&A, Eisai Europe Limited, Hatfield, Großbritannien

Die Geschäftsführer haben keine Vergütungen von der Eisai GmbH erhalten.

Das vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 66 und entfällt auf Abschlussprüfungsleistungen.

Angaben zum Konzernabschluss

Die Eisai GmbH wird in den Konzernabschluss der Eisai Co. Ltd., Tokio, Japan, einbezogen, die den Konzernabschluss für den größten Konsolidierungskreis aufstellt. Der Konzernabschluss der Eisai Co. Ltd. wird im Kikon Keizai Shimbun, Tokio, Japan, Code 4523 offengelegt. Darüber hinaus wird die Eisai GmbH in den Konzernabschluss der Gesellschafterin Eisai Europe Limited, Hatfield, Großbritannien, einbezogen, die den Konzernabschluss für den kleinsten Konsolidierungskreis aufstellt. Der Konzernabschluss der Eisai Europe Limited wird im Companies House unter der Nummer 05268420 offengelegt.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und eine wesentliche Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben, haben sich nicht ereignet.

Frankfurt am Main, den 22. Mai 2025

Die Geschäftsführung

Gary Hendler

Nicholas Burgin

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. März 2025

	Stand am 01.04.2024	Anschaffungskosten			Stand am 31.03.2025
	EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	EUR
Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.796.760,85	131.600,85	0,00	16.676,62	1.911.685,08



	kumulierte Abschreibungen			
	Stand am 01.04.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.03.2025 EUR
Sachanlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	-1.545.021,75	-172.192,88	0,00	-1.717.214,63
Nettobuchwerte				
	Stand am 31.03.2025 EUR		Stand am 31.03.2024 EUR	
Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	194.470,45		251.739,10	

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Eisai GmbH, Frankfurt am Main

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Eisai GmbH, Frankfurt am Main, - bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Eisai GmbH, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. März 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 22. Mai 2025

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Daniel Rühl, Wirtschaftsprüfer

Rainer Wiesner, Wirtschaftsprüfer